

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes am 1. März 1841. Der Preis beträgt monatlich 2 Mk., vierteljährlich 6 Mk., halbjährlich 12 Mk., jährlich 24 Mk. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Alle Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben.



Verleger: Arthur Schwanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig. Für den Inseratenteil: Arthur Schwanke, beide in Wilsdruff.

Erste Ausgabe seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Druck: Arthur Schwanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig. Für den Inseratenteil: Arthur Schwanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 46

Donnerstag den 23. Februar 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Auszahlung der Minderbemittelten-Beihilfe für Monat Februar 1922 erfolgt Freitag den 24. d. M. vormittags 9—1 Uhr in der Stadtkasse. Wilsdruff, am 22. Februar 1922. Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Minister Groener veröffentlicht eine Warnung an die Eisenbahner vor einer Wiederholung der Arbeitsniederlegung.
- * Der Papiergesammler ermächtigt sich in der am 15. d. M. abgelaufenen Woche um fast 1 Milliarde Mark.
- * Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie bei der italienischen Regierung eine Aufschübung der Konferenz von Genoa beantragt habe.
- * Die englische Regierung lehnt die französische Regierung davon in Kenntnis, daß sie mit der Überweisung der deutschen Reparationsvorschläge an die Reparationskommission einverstanden sei.
- * Der Dollar erreichte am Dienstag an der Berliner Börse einen Stand von 230 und sank wieder auf etwa 220.

Und abermals: Devisenhauffe.

Unverhofft kommt oft, sagt der Volksmund. Auch die Börse, die sich seit Beginn des neuen Jahres etwas auf den Vorbeeren des Hausseherbes von 1921 ausgerichtet hatte, kehrt sich plötzlich in eine neue Aufwärtsbewegung der fremden Devisen, der Zahlungsmittel des Auslandes, hinein. Der Dollar ist innerhalb weniger Tage von seinem Stande unter 200 um 20 bis 30 Punkte gestiegen, eine Bewegung, die ihm selbstverständlich von den übrigen fremden Geldorten sofort pflichtgemäß nachgemacht wurde. Im Vergleich zu den Kursbewegungen vom Oktober und November hält sich freilich das, was jetzt an den deutschen Börsen vorgeht, sozusagen in bescheidenen Grenzen, aber der kundige Mann glaubt bereits in den Lässen das Bügeltrauschen einer neuen Erntezeit zu vernahmen, die von heute auf morgen wieder einmal ein Füllhorn schwindelnder Gewinne über Gerechte und Ungerechte ausschütten wird. Und natürlich, da die Devisen steigen, können auch die Wertpapiere nicht still bleiben. Auf allen Beeten des Börsenandes regt und bewegt es sich, strebt nach oben, und das liebe Publikum drängt wieder zu den Käufern und Agenten, um zu kaufen und zu verkaufen, was es besitzt und was ihm für den Augenblick begehrter erscheint. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles, doch es früher, heute hat sich das Gold in mehr oder weniger losen, mehr oder weniger lauberes Papier verwandelt, nach deren Besitz alle Welt verlangt, trotzdem jedermann auf diese Art von Goldenertrag recht schlecht zu sprechen ist. Aber die Kurse steigen, da gibt es kein Halten.

Die Gründe? Als der Eisenbahnerstreik nach acht-tägiger Dauer beendet war, begann die deutsche Markt sich zu heben, und der Dollar kletterte mit der Tendenz nach unten. Als dann der Kampf um das Vertrauensvotum für die Reichsregierung einsetzte, blieben die Kurse stehen, und nach dem parlamentarischen Siege des Reichstages durfte man eigentlich erwarten, daß die internationalen Börsen für unsere Verhältnisse ein freundlicheres Gesicht zeigen würden. Statt dessen nahm gerade von diesem Zeitpunkt an die Aufwärtsbewegung der fremden Devisen einen frischen Anlauf; gewiss nicht deshalb, weil bei uns zu Lande die große Koalition — von der manche Leute so viel erwarten, aber wohl nur, wenn wir sie haben werden — nicht zustande gekommen war; das sind Dinge, mit denen sich die Devisenmacher in New York und anderwärts kaum sonderlich beschäftigen. Wohl aber mag es auf die Eindruck gemacht haben, daß die unversöhnliche Politik der Poincaré und Genossen mit der Zeit immer unerbittlicher hervortritt, und daß der Widerstand gegen sie, den man von Lloyd George erwartete, sich nur in sehr mäßigen Grenzen bemerkbar machte. Dazu kam, daß die internationale Wirtschaftskonferenz von Genoa, die man in Cannes mit Pauken und Trompeten angekündigt hatte, und von der die deutschen Erfüllungspolitiker ungleich mehr redeten, als für die deutschen Interessen gut war, immer mehr in ein wesenloses Nichts verschwinden wollte, dank der Taktik der Franzosen, gegen die in den übrigen Hauptstädten Europas noch immer kein wirksames Kraut gewachsen ist. Daß die italienische Regierung, die Veranlasser dieser neuen Völkerzusammenkunft, fast unmittelbar vor dem Termin für den Beginn der Konferenz gestürzt wurde, ist eine Tatsache, um die sich vielleicht auch nicht nur italienische Politiker verdient gemacht haben, und wer Biondis Erbschaft übernehmen soll, ist heute noch in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Schon ist von einer Verlagerung der Konferenz bis in den April hinein die Rede; was nachher kommt, wird Herr Poincaré sich gleichfalls bestens angelegen sein lassen. In London soll inzwischen das internationale Finanzkonföderation Leben gewinnen, das den berühmten Wiederaufbau der europäischen und insbesondere der russischen Wirtschaft ernsthaft

in die Hand zu nehmen hat. Eine Schöpfung, die man sich, solange in den vorbereitenden Stadien von ihr die Rede war, ohne die Mitwirkung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskräfte nicht zu denken vermochte. Jetzt aber ist kein deutscher Vertreter beim Gründungskartell zugegen, und von der späteren Zugehörigkeit dieses oder jenes deutschen Finanzmannes ist nur in sehr unbestimmten Ausdrücken die Rede. Die Frage des Zahlungsaufschubes für die Reparationsleistungen des Jahres 1922 ist, nachdem der Oberste Rat sich monatelang mit ihr abgemüht hat, schließlich erneut der Wiederherstellungskommission zur Entscheidung überwiesen worden — und was Deutschland von diesen Männern zu erwarten hat, das kann man sich nach allen Erfahrungen, die sie mit uns schon vorgenommen haben, ja ungefähr denken. Gründe genug, um eine sehr skeptische Auffassung unserer Lage an den fremden Börsenhandelsplätzen begreiflich zu machen.

An Gegenwirkungen von innen heraus, aus dem deutschen Reiche selbst, fehlt es nahezu vollständig, wenigstens ist in keinem Punkt irgend eine treibende Kraft sichtbar, von der man sich eine irgendwie geartete Besserung unserer Zustände versprechen könnte. So werden die Dinge wohl wieder ihren verhängnisvollen Lauf nehmen, und alles Schlimmen über sie wird daran nichts ändern können. Wir sind ein Spielball fremder Interessen, das hilflose Objekt gewinnstüchtiger Spekulationen geworden; und werden es bleiben, bis wir uns aus eigener Kraft aus dem Sumpf herausarbeiten werden, in den wir geraten sind.

Groener warnt vor neuem Streik.

Keine Schonung im Wiederholungsfalle. In einer Sonderausgabe des Reichsverkehrsblatts nimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnerstreiks Stellung, wobei er darauf hinweist, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat. Der Reichsanwalt hat bekanntlich erklärt, daß ein Streikrecht für den Beamten nicht bestehe und er hat die Arbeitsniederlegung eines Teils der Reichsbahnbeamten als eine „Revolte in der Beamtenschaft“ gebrandmarkt.

Dann müßte bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit verweigenden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen. Die von der Reichsgewerkschaft verbreitete Darstellung, wonach die Reichsregierung die längst begangenen Verfehlungen nachträglich milder beurteilen soll als bisher, erklärt der Minister als irrig. Maßgebend für die Beurteilung sind allein die im Kabinett aufgestellten Richtlinien, für deren Einhaltung der Minister die volle Verantwortung übernehme.

Neuer Zwischenfall in Gleiwitz.

Deutscher Polizeibeamter von Franzosen erschossen. Noch ist die blutige Affäre von Petersdorf bei Gleiwitz, bei der es zu einem Kampf zwischen Zivilisten und französischen Soldaten kam, nicht beigelegt, noch eridit aus Frankreich die Forderung nach Sanktionen für diese „unerhörte“ Herausforderung des sanften und geduldsamen Frankreich und seiner lammerzigen Soldaten, da kommt die Meldung von einem neuen Zusammenstoß in Gleiwitz, der wieder eine sprechende Erklärung über die Urheber-schaft der Unzuträglichkeiten in Oberschlesien erbringt. Am Sonntag traten, wie halbamtlich mitgeteilt wird, aus einem Gasthause in Gleiwitz drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, anscheinend in angeheitertem Zustande auf die Straße. Die Franzosen riefen einer Gruppe von Zivilisten zu: Hände hoch! und im gleichen Augenblick feuerte der bewaffnete Franzose einen Schuß auf die Zivilisten ab, ohne jemand zu treffen. Der an der nächsten Straßenecke postierte diensthabende Polizeiwachmeister Paul Hüfner trat auf die Gruppe zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Weitergehen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose den Revolver gegen den Polizeibeamten und steckte ihn durch einen Kopfschuß nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergriffen. Herr Poincaré wird man wahrscheinlich alsbald wieder eine flammende Entschuldigung gegen Deutschland in der Kammer halten und behaupten, das ganze Reich sei vollgepackt mit heimlichen Soldaten und Waffen, um bei Gelegenheit über das arme Frankreich herfallen zu können.

Einstweilen tragen die deutschen Wölfe eines nach dem anderen der Lämmchen auf, die Frankreich zur Verbesserung der Sitten nach Oberschlesien und an den Rhein gesandt habe.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Einstweilen keine Erhöhung der Personentaxe. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß keine Erhöhungen der Personentaxe für einen näheren Zeitpunkt, insbesondere nicht für den 1. März, wie kürzlich verbreitet wurde, in Frage kommen. Bisher ist etwa im Verlaufe des Frühjahrs bei fortschreitender Geldentwertung neue Maßnahmen erforderlich werden können, läßt sich nicht voraussagen. Zurzeit ist eine Vorlage für Tarifserhöhungen nicht eingebracht und auch nicht beabsichtigt.

Ein Kartell des selbständigen Mittelstandes. 120 Verbände mit rund 170 000 Mitgliedern haben sich in ihrer wirtschaftlichen Not und Bedrängnis in Berlin zu einem „Kartell des selbständigen Mittelstandes“ unter Führung des Innungsanschlusses zusammengeschlossen, um, wie aus den beteiligten Kreisen mitgeteilt wird, „gegen die ungeheuerliche Entwertung des Mittelstandes und gegen die Berliner Wirtschaft“ geschlossen vorzugehen. Das Kartell verlangt, daß der durch die Preiserhöhungen entstandene Schaden sowohl in der Stadtgemeinde Berlin wie im ganzen Reiche nicht durch neue Steuern, erhöhte Abgaben oder durch Versteuerung der Verkehrs-, Kraft- und Beleuchtungsanstalten usw. auf die Masse des erwerbstätigen Mittelstandes abgewälzt wird, sondern daß damit die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen selbst belastet werden, nötigenfalls im Wege des Hypothekendarlehens, soweit nicht, wie beim Eisenbahnerstreik, die streikenden Beamten selbst zur Tragung des entstandenen Schadens verpflichtet sind.

Die Erinnerungen des früheren Kronprinzen. Nach einer Mitteilung des bekannten Verlagsbuchhändlers Sotta läßt der frühere Kronprinz im Laufe des Frühjahrs seine „Lebenserinnerungen“ in deutscher, holländischer, englischer, französischer und spanischer Sprache erscheinen. Er versucht in dieser Niederschrift seine Jugendentwicklung, die Krisenjahre der Vorkriegszeit, den Krieg und die Katastrophe bis zu den Vorgängen in Spa vom 9. November 1918 und der Flucht nach Holland zu schildern. Wie verstanden, soll besonders die Schilderung der Tage des Zusammenbruchs zum ersten Male eine erschöpfende Darstellung jener Vorgänge geben.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte im Rahmen einer ausführlichen Besprechung des allgemeinen politischen Verhältnisses Ostlands zum Westen Europas auch das Problem des russischen Wiederaufbaues. Reichsminister des Äußern Dr. Rathenau äußerte sich eingehend zu dieser Frage. Aus der vertraulichen Aussprache ergab sich, daß den Ostfragen die mit größter Vorsicht verbundene besondere Aufmerksamkeit der Regierung gewidmet werden muß.

Bayerns Maßregeln gegen Fremdenüberflutung. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten wurden im bayerischen Landwirtschaftsministerium eingehende Beratungen über die Aufstellung der Richtlinien für den Wirtschaftsjahr 1922, namentlich im Hinblick auf den Fremdenzufluß des kommenden Sommers, abgehalten. Landwirtschaftsminister Buegelhofer führte u. a. aus, es sei erreicht worden, daß die Ausfuhr von Milch, Butter und Käse neuerdings gesperrt bleibt und daß nicht ver-summt werde, um diese Sperre für die ganze Dauer der Fremdeninvasion aufrechtzuerhalten.

Gesetzliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Regierung hat dem Reichstag den Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugehen lassen. An solchen Krankheiten Leidende müssen sich nach dem Entwurf ärztlich behandeln lassen, Zwangsbehandlung und Zwangsheilverfahren sind zulässig. Wissenschaftliche und sachliche Verbreitung der Krankheit oder Verheimlichung bei Eingehung einer Ehe sind strafbar, ebenso Übertragung beim Stillen der Kinder. Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren werden bei Nichtbeachtung der Vorschriften angedroht. Die Begründung des Gesetzes sagt, Aufführungen und Warnungen hätten keine Wirkung bei dem erschreckenden Überhandnehmen der Seuchen in Deutschland gefunden. Es sei notwendig, mit exemplarischen Strafen vorzugehen.